

Paket mit Reibungspunkten

Renten-Paket

Reaktionen aus Politik und Wirtschaft zur "Rente mit 63": Auswirkungen auf Arbeitsmarkt befürchtet

Döbeln. Die neue Bundesregierung lässt dem Koalitionsvertrag erste Vereinbarungen folgen. Das gerade von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgestellte und im Kabinett beschlossene Rentenpaket wird kontrovers diskutiert. Vor allem hinsichtlich der Folgen für den Arbeitsmarkt, die Steigerung des Fachkräftemangels und der Berücksichtigung von Erziehungsjahren liegen auch die Meinungen von Köpfen aus Politik und Wirtschaft in der Region auseinander.

CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann sieht im Rentenpaket vor allem eine Gerechtigkeitslücke bei der Mütterrente. "Vom ursprünglichen Vorhaben, in dieser Legislatur die Ungleichbehandlung in der Anerkennung der Erziehungsleistung bei der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, voll aufzuheben, ist nichts mehr zu hören." Das Bundessozialministerium habe Bellmann gegenüber erklärt, dass der vollständige Ausgleich "nicht finanzierbar" sei. Bellmann: "Ich hatte gehofft, dass die Gesetzesvorschläge die Defizite des Koalitionsvertrages noch ausgleichen. Es ist bedauerlich, dass es beim Unionsvorhaben ‚Mütterrente‘ aus fiskalischen Gründen nur einen halben Schritt in die richtige Richtung gab, der SPD beim Thema ‚Rente mit 63‘ gleich ein Doppelsprung in ein volkswirtschaftlich und demografisches hochgradig fragwürdiges Experiment gelungen ist." Gremiumskollegin Simone Raatz von der SPD meint: "Das Rentenpaket bringt ein großes Stück mehr Generationengerechtigkeit. Bei der ‚Mütterrente‘ werden Eltern künftig einen zusätzlichen Rentenpunkt für jedes Kind erhalten." Was Raatz generell unterstütze. Mit einer Einschränkung: "Mir ist nicht ganz klar, warum es nach 25 Jahren Deutscher Einheit noch unterschiedliche Bemessungsgrenzen gibt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Ungleichbehandlung zeitnah behoben wird."

Nächster Reibungspunkt des Rentenpaketes: Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. SPD-Landtagsabgeordneter Henning Homann hält es "in vielen Fällen für unzumutbar, Bauarbeiter oder Dachdecker trotz körperlicher Beschwerden bis 67 arbeiten zu lassen. Wer 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat sich seinen Ruhestand verdient." Der sich verschärfende Fachkräftemangel sei ernst zu nehmen. "Deshalb zwingen wir niemanden mit 63 in Rente zu gehen, ermöglichen es aber. Das Ziel für Unternehmer muss es dann sein, durch attraktive Arbeitsplätze ältere Menschen an ihr Unternehmen zu binden." Was Raatz ähnlich beurteilt: "Wenn unsere Unternehmen auch für ältere Arbeitnehmer attraktiv sind, weiß ich nicht, warum jemand frühzeitig in Rente gehen möchte. Arbeit ist ein wichtiger Lebensinhalt." Bellmann kontert: "Ohne Abschlüsse mit 63 in den Ruhestand zu gehen ist reizvoller, als ohne Zuschläge länger in Arbeit zu bleiben. Das wird den Fachkräftemangel eklatant verschärfen." CDU-Landtagsabgeordneter Sven Liebhauser hofft als Haushälter auf die Finanzierbarkeit der Rentenpläne. "Im Zuge des Fachkräftebedarfs brauchen wir die Kraft vieler Bürger, aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen. Auf der anderen Seite soll jeder, der sein Leben lang gearbeitet hat, eine anständige Rente bekommen. Wenn das Rentenalter jedoch weiter nach unten angepasst wird, habe ich Sorge, dass die monatliche Rente durch die Inflation gekürzt wird." Der Döbelner Unternehmer und Präsident der IHK-Regionalversammlung Mittelsachsen,

Thomas Kolbe, sieht es zweischneidig: "Für bestimmte Berufsgruppen - gerade mit hoher körperlicher Belastung - kann es sicher sinnvoll sein, ohne Abschläge mit 63 in den Ruhestand zu gehen. Aber: Die Ausstiegsmöglichkeit wird Probleme bereiten, wo die arbeitsfähigen und erfahrenen Know-how-Träger der Unternehmen davon Gebrauch machen. Das wird Arbeitgebern sehr weh tun." Weswegen eine stärkere Nachwuchsförderung immer wichtiger werde, sprach Kolbe auch im Sinn der IHK Mittelsachsen. Der Geschäftsführer der Max Knobloch Nachf. GmbH zweifelt beim "so nicht vorhersehbaren" Rentenpaket außerdem an, dass "es den echten Kern des Problems trifft und nicht Dringenderes gelöst werden müsste." *Thomas Lieb*

© Kommentar

Mütterrente: Frauen und Männern, die vor 1992 ihre Kinder bekommen haben, werden zwei Erziehungsjahre bei der Rente anerkannt. Vorher war es nur eins. Dadurch erhöht sich deren Rente im Osten monatlich um 25,74 Euro.

Abschlagsfreie Rente ab 63: Wer 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, kann ohne Abzüge mit 63 Jahren in Rente gehen. Neu ist, dass auch bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit in die Berechnung einfließen.

Erwerbsminderungsrente: Wer aus Krankheitsgründen vorzeitig in Rente gehen muss, wird besser gestellt. Die sogenannte Zurechnungszeit wird um zwei Jahre angehoben. Das wirkt sich so aus, als ob ein Betroffener bis zur Vollendung des 62. Lebensjahres in die Rente eingezahlt hat und entspricht einem Plus von 45 Euro im Monat.

Solidarische Lebensleistungsrente: Geringverdiener werden ab 2017 eine garantierte Rente von rund 850 Euro bekommen, wenn sie 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Bis 2023 reichen 35 Beitragsjahre. Danach ist eine private Altersvorsorge Zugangsvoraussetzung. Bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit können angerechnet werden.